

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Mai 1980

Evangelische Verantwortung

Heft 5/1980

Zum Tode von Heinrich Köppler

Heinrich Köppler wurde heimgerufen. Die nordrhein-westfälische CDU, insbesondere die CDU des Rheinlandes, hat damit einen Mann verloren, der ein Jahrzehnt lang den Weg der Union an Rhein und Ruhr entscheidend bestimmt hat. In bewegenden Nachrufen — auch der politische Gegner versagte dem Toten nicht den menschlichen und politischen Respekt — wurde die Persönlichkeit Heinrich Köpplers gewürdigt, seine Fähigkeit zum Ausgleich, seine Kraft zur Integration, die menschliche Wärme, die jedem entgegen schlug, der mit ihm sprach. Köppler hat keine Gräben aufgerissen, sondern Brücken geschlagen, wo immer es im Interesse einer sachlichen Entscheidung notwendig erschien.

Tatsächlich hat die CDU in Nordrhein-Westfalen der Fähigkeit Heinrich Köpplers, unterschiedliche Richtungen, Interessen und Auffassungen auszugleichen und zu verbinden, zehn Jahre erfolgreichen Wirkens zu verdanken. Das gilt um so mehr, als es der Union trotz hervorragender Wahlergebnisse versagt blieb, die Regierung in Nordrhein-Westfalen zu übernehmen. Aber daß es der CDU gelang, auch in der Opposition mit geeinter Kraft die Landespolitik mitzugestalten und schlimmeres zu verhüten, ist ein Verdienst Köpplers. Wie schnell neigt eine um den Wahlerfolg betroffene, in die Opposition verdrängte Partei dazu, sich in innerparteilichen Streitereien zu verzehren. Köppler bewältigte die Aufgabe der Integration, weniger durch programmatische Appelle als durch die Art seiner Führung, in die er sein persönliches Wesen voll einbrachte.

Bei den zahlreichen ehrenden Erklärungen führenden Persönlichkeiten in Politik und Kirche fällt auf, daß Heinrich Köpplers Verhältnis zu den evangelischen Kirchen und den Protestanten in der Union kaum beachtet wurde. Dies berührt die evangelischen Christen in der Union, die mit Köppler viele Jahre eng zusammengearbeitet haben, in besonderer Weise. Denn Köppler hat durch sein Wirken in starkem Maße die Zusammenarbeit von katholischen und evangelischen Christen in einer politischen Partei beeinflusst, wie

kaum ein zweiter Politiker in der nordrhein-westfälischen Geschichte zuvor. Das zu einer Zeit, in der sich die säkularisierenden Einflüsse auch in der Union vermehrt bemerkbar machten.

Als Heinrich Köppler 1970 nach Nordrhein-Westfalen kam, gab es in evangelischen Kreisen Vorbehalte. Würde ein Mann, der sich in seinem bisherigen politischen und beruflichen Werdegang als engagierter Katholik erwiesen hatte, die Partei führen können, die sich die Union der politisch handelnden Katholiken und Protestanten zum Ziel gesetzt hatte? Würde er als Regierungschef in ein Land passen, in dem sich der evangelische und katholische Bevölkerungsanteil nahezu die Waage halten? Konnte dieser „Schwarze“ die konfessionelle Ausgewogenheit im politischen Handeln garantieren? Schon nach kurzer Zeit wurde jedoch klar, daß diese skeptische Haltung unangebracht war. Köppler erwies sich als Persönlichkeit, die fest am Boden seiner, der katholischen Kirche wurzelte, der aber weder in erstarrten traditionellen Denkkategorien und Formalismen verhaftet blieb, noch seine innere vom Glauben geprägte Haltung vordergründigen, modernistischen Strömungen opferte. Vielmehr brachte er als ehemaliger Präsident des Weltbundes der katholischen Jugend, einer Aufgabe, die ihm den Blick für die Vielfalt der geistigen Strömungen in seiner eigenen Kirche geöffnet hatte, eine weit über das Verständnis evangelischen Denkens hinausgehende Offenheit in das Gespräch mit den Protestanten in der Union und über die Parteigrenzen hinaus mit den evangelischen Christen ein. Der frühere Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, der an der Vorbereitung und Durchführung des zweiten vatikanischen Konzils mitgewirkt hatte, bewies, daß ihm ökumenisches Denken und Handeln ein Herzensanliegen war. Es war ein Glücksfall für die katholischen und evangelischen Christen in der Union,

**EAK-Bundestagung '80 — 13. bis 15. Juni in Wolfsburg.
Die Einladung finden Sie in der Mitte dieses Heftes.**

daß er seine in der Kirche gesammelten Erfahrungen über die Zusammenarbeit der Konfessionen in die praktische Politik einführen und zur Bewährung führen konnte. Ungezählte Begegnungen mit den Kirchenfürsten, Kirchenführern und Leitungsgremien der evangelischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen, Gespräche und Diskussionen in der evangelischen Akademie Rheinland-Westfalen legen hiervon Zeugnis ab. Es zeigte sich einmal mehr, daß ökumenisch nur der handeln kann, der fest in seiner Kirche steht und den Weg der Bekenntnisse aufeinander nicht durch eine falsch verstandene Toleranz, die den Kern christlichen Denkens ausklammert, blockiert.

Heinrich Köppler trug in seinen Reden und im Gespräch sein christliches Bekenntnis nicht zu Markte. Er lebte und handelte nach diesem und machte klar, was Christsein heute wirklich heißt, deshalb wirkte sein Wort überzeugend. Zehntausende, die in seiner Düsseldorfer Pfarrkirche von ihm Abschied nahmen haben es besser gesagt, als das gesprochene oder geschriebene Wort dies vermag. Die Christen im Lande werden es nicht vergessen.

Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL

Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rheinland

Hilfe für die Indochina-Flüchtlinge — Über die Arbeit des Vietnam-Büros e. V. —

Hans-Peter Breuer

Die Not der Menschen in Südostasien, die durch den Krieg aus ihrer Heimat vertrieben wurden, ist unbeschreiblich. Wir bitten die Leser der EV, die Tätigkeit des Vietnam-Büros e. V., Adenauerallee 54, 5300 Bonn, durch ihre aktive Mitarbeit oder durch Spenden auf das Konto Nr. 024 6900 bei der Deutschen Bank AG, Bonn zu unterstützen.

Über die Hilfsmaßnahmen des Vietnam-Büros berichtet nachfolgend der Geschäftsführer des Büros, Hans-Peter Breuer.

Die Schreckensbilder der Flüchtlinge in Südostasien sind zwischenzeitlich aus den Nachrichten der Medien verschwunden. Wer erinnert sich noch an die „boat people“, die unter Lebensgefahr aus Vietnam über das Chinesische Meer flüchteten? Wieviele von ihnen sind ertrunken, von Piraten verschleppt und ausgeraubt worden? Wissen wir noch um das Elend in den Flüchtlingslagern Südostasiens, in denen Menschen wie Tiere, auf engstem Raum zusammengepfercht, auf die Barmherzigkeit der Aufnahmestaaten warteten?

Heute scheint das alles vergessen, obwohl die Flüchtlingswelle aus Vietnam über das Chinesische Meer wieder zunimmt. Das bedeutet, daß erneut Flüchtlinge ertrinken, ihr Leben für die Freiheit aufs Spiel setzen.

Die Zukunft der kambodschanischen Flüchtlinge im thai-kambod-

schanischen Grenzgebiet ist ungewiß. Während der nun einsetzenden Regenzeit droht die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten von Thailand her infolge der unbefestigten Zufahrtswege abzubrechen. Müssen dann erneut Tausende der insgesamt 600 000 Menschen sterben?

Das von den Bundestagsabgeordneten Elmar Pieroth und Matthias Wissmann im April vorigen Jahres gegründete Vietnam-Büro hat mit Hilfe von Spendengeldern den Flüchtlingen in Südostasien schnell und unbürokratisch helfen können. Außer der Sicherstellung der ärztlichen Betreuung durch freiwillige deutsche Ärzte zusammen mit der „Soforthilfe“, wurden insbesondere Medikamente, Nahrungsmittel, Decken und Kleidung beschafft und Menschenleben gerettet. Im größten vietnamesischen Flüchtlingslager in Thailand arbeitet ein Landwirtschaftsexperte im Auftrag des Vietnam-Büros. Die Flüchtlinge erfahren dort mit seiner Hilfe eine Abwechslung ihres monotonen Lagerlebens, zur Selbstversorgung können sie Gemüse und Reis im Lager anbauen. Infolge der einseitigen Ernährung leiden viele Flüchtlinge an Hautkrankheiten und anderen Mangelerscheinungen. Das Rettungsschiff „Cap Anamur“ wurde finanziell vom Vietnam-Büro unterstützt, damit es weitere Rettungsaktionen durchführen kann.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bisher die Aufnahme von 20 000 Indochina-Flüchtlingen zugesagt. Das ist nicht viel, angesichts der Not in Südostasien. Eine Erhöhung der Quote ist dringend erforderlich. Andere westliche Länder haben im Vergleich mehr getan als die „reiche“ Bundesrepublik.

Die zur Zeit in Deutschland lebenden 13 000 Flüchtlinge brauchen unsere tatkräftige Hilfe. Nach Beendigung ihrer Sprachkurse fehlt es an Ausbildungs-, Umschulungs- oder Arbeitsplätzen. Wir brauchen dringend ein Konzept, das die gesellschaftliche und berufliche Eingliederung regelt. Viele Aufnahmegemeinden sind mit den Problemen überfordert, wir dürfen die Flüchtlinge nicht nur zu Objekten der Sprachförderung machen.

Der Ruf des Vietnam-Büros nach einer kombinierten Einführung in die Arbeitswelt zusammen mit Sprachförderung wurde nicht gehört. Andere Länder haben sehr gute Erfahrungen gemacht, z. B. Australien. Es entspricht der Mentalität der Flüchtlinge, daß sie ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Je eher unsere Neubürger die Möglichkeit zur Selbstinitiative und damit zur Unabhängigkeit haben, je leichter werden sie ihre Probleme bewältigen. Das Vietnam-Büro gibt seine Erfahrungen und erarbeiteten Konzepte zur gesellschaftlichen und beruflichen Eingliederung an die

zuständigen Stellen weiter. Sie können das Vietnam-Büro unterstützen, denn die Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung ist wichtigste Voraussetzung für ein Funktionieren der Konzeption. Leider fehlt es in einigen Städten noch an freundschaftlichen Kontakten zwischen Deutschen und den Flüchtlingen, die Flüchtlinge leben zum Teil isoliert inmitten einer Großstadt, sie haben ihren Lebensmut nahezu verloren. Es fehlt an geeigneten Wohnungen, so daß die meisten Flüchtlinge heute noch im Heim bleiben. Eine Mietwohnung würde jedoch die Kontakte zur deutschen Bevölkerung wesentlich fördern, solche

Kontakte, die für die Integration unerlässlich sind.

Die Vietnamesen haben Vertrauen zu dem Vietnam-Büro der Bundestagsabgeordneten. Sie haben erfahren, daß diese private Initiative ihnen bei ihren persönlichen und allgemeinen Problemen helfen kann. Sie erhalten Informationen über das Leben in Deutschland, erhalten Übungsprogramme zum Erlernen der deutschen Sprache, in einer Zeitung haben sie Gelegenheit, selbst über ihre Eindrücke in Deutschland zu berichten. Das Vietnam-Büro informiert Deutsche und Vietnamesen über die verschiedenen Kultu-

ren, die Lebensformen, die beruflichen und schulischen Möglichkeiten in Deutschland und die notwendigen Behördengänge. Das ist nur ein kleiner Teil des breit gefächerten Aufgabenfeldes. Das Team von vier hauptamtlichen Mitarbeitern, Vietnamesen und Deutsche, hat ein ganz beachtliches Pensum alltäglich zu erfüllen. Um die Arbeit fortzusetzen, braucht das Vietnam-Büro Ihre Hilfe. Machen Sie Vorschläge, bieten Sie Ihre Mithilfe bei der Betreuung von Flüchtlingen an, übernehmen Sie zusammen mit Ihren Freunden eine Patenschaft über eine vietnamesische Flüchtlingsfamilie.

Aus unserer Arbeit

Prof Roman Herzog: „Der Religionsunterricht muß befähigen, das Leben nicht nur horizontal, sondern auch vertikal zu sehen!“

Lüdenscheid: Im überfüllten Glatzer Saal des Alten Rathauses hielt der Bundesvorsitzende des EAK, Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog, im Rahmen der Gründungsveranstaltung des Lüdenscheider EAK einen Vortrag über „Die Bedeutung von Religion und Religionsunterricht für Staat und Gesellschaft“. Das Erwachen des Islam habe die weltweite „Renaissance der Religion“ ins öffentliche Bewußtsein gerückt. Politik und Kirchen in der Bundesrepublik sehen sich den immer stärker auftretenden Fragen der jungen Generation, die weg wolle vom „Kühlschranksmaterialismus“, nach dem Sinn des Lebens ausgesetzt. Hilfe, Orientierung und Sicherheit für das Leben könne hier die Religion bieten. Dazu sei allerdings erforderlich, daß nicht immer mehr Theologie durch Soziologie ersetzt werde, daß der Religionsunterricht nicht das „typische Mangelfach“ bleibe. Der Religionsunterricht dürfe nicht versuchen, immer mehr Wissensvermittlung anstelle von Bekenntnisvermittlung und Glaubenshilfe zu bieten. Er müsse die jungen Menschen befähigen, die Welt auch anders als nur politisch und wirtschaftlich, ihr Leben auch „vertikal und nicht nur horizontal“ zu sehen.

„Industrielle Arbeitswelt häufig für Theologen eine unbekannte Welt“

Dr. Werner Dollinger, MdB und Horst Leichtenberger, Bundesvorsitzender der evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, beim 2. Saarbrücker Gespräch des EAK.

Saarbrücken: Zum 2. Saarbrücker Gespräch des EAK unter dem Thema „Kirche und Arbeitswelt“ im voll besetzten kleinen Saal der Kongreßhalle konnte der Landesvorsitzende Kurt Thürk auch die Landesminister Dr. Wicklmayr und Behles sowie Superintendent Martin Ohly und den Präses der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, Alfred Thewes, begrüßen.

Dr. Dollinger stellte fest, daß die industrielle Arbeitswelt häufig für Theologen eine unbekannte Welt sei. Deshalb begrüßte er es, daß die Synode der EKD sich mit diesem Thema beschäftigen wird. Er ging davon aus, daß die Arbeit im Beruf im biblischen Sinne eine Christenpflicht sei. Aus der Bibel rechtfertige sich auch die Leistung, die der Mensch ebenso aus Solidarität in einer pluralistischen Gesellschaft nach seiner Begabung und seinen Kräften in angemessener Weise vollbringen solle. Eine wichtige Aufgabe der Kirche in der Arbeitswelt sah Dollinger darin, daß sie sich der Randgruppen annimmt.

Damit stimmte auch Horst Leichtenberger überein, der mit besonderem Nachdruck für die Humanisierung der Arbeitswelt eintrat und forderte, daß die Arbeitnehmer verstärkten Eingang in kirchlichen Gremien finden.

Aus dem Inhalt

Zum Tode von Heinrich Köppler Hans-Ulrich Klose	1
Hilfe für die Indochina-Flüchtlinge — Über die Arbeit des Vietnam-Büros e. V. Hans-Peter Breuer	2
Aus unserer Arbeit	3, 12
Vom Wesenskern und der sozialen Dimension der Not Manfred Scheib	4
Zu den ethischen Grundlagen unserer Verteidigung Reinhard Gramm	6
Kurz notiert	13
Zur Diskussion gestellt: Bericht der Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen (Nord-Süd-Kommission)	13
Stellungnahme der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) Stellungnahme von Dr. Volkmar Köhler, MdB	15

Dr. Gerhard Rödding: „Die CDU als Volkspartei braucht die Impulse aus den Kirchen“

Gründungsveranstaltung des EAK in Münster

Münster: Mit einem Vortrag von Privatdozent Dr. Werner Schlake vom Pathologischen Institut der Universität Münster zum Thema „Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren der Genmanipulation“ nahm der neugegründete EAK in Münster seine Arbeit auf.

Landeskirchenrat Dr. Gerhard Rödding, Landesvorsitzender des EAK Westfalen, umriß in seinem einleitenden Referat Aufgaben und Ziele des EAK. Es sei eine der wichtigsten Leistungen der CDU nach dem Kriege gewesen, daß sie innerhalb der Partei den konfessionellen Gegensatz überwunden habe. Die CDU habe sich damit ein großes Verdienst auch für die Ökumene erworben. Dabei hätten die evangelischen Christen in der Union und der EAK eine wichtige vermittelnde Aufgabe erfüllt.

Die Union brauche auch als Volkspartei eine klare Orientierung an der christlichen Ethik. Sie suche deshalb den Dialog mit den Kirchen und ermuntere sie, in aller Klarheit ihre Meinung zu den politischen Fragen zu sagen, die sie tangierten.

Zur Vorsitzenden des neuen EAK wurde Frau Ursula Dippel gewählt, stellvertretender Vorsitzender wurde Heinz Maßmann, Schriftführer Klaus Metelmann.

„Reform des § 218 – und was hat sie gebracht?“

Oldenburg: Unter dieser Frage diskutierte der Ev. Arbeitskreis der CDU Oldenburg nach einem konzentrierten Referat von Frau Irma Blohm, frühere Bürgerschafts- und Bundestagsabgeordnete Hamburg, eingehend die derzeitige Situation, die gekennzeichnet ist durch zunehmende Abbrüche aus ‚sozialer Notlage‘, meist innerhalb von Ehen, die Forderung auf ein ‚Recht‘ zum Abbruch und die Freigabe der Fristenlösung sowie die tägliche Zerreißprobe in den Kliniken unter Ärzten und Pflegepersonal. Ein Teilnehmer erklärte: „Die gegenwärtig erneut anlaufende Kampagne hat antiärztliche, antifamiliäre und antichristliche Wurzeln“. Einigkeit bestand über die änderungsbedürftige Kinderfeindlichkeit der Gesellschaft und die dringende Notwendigkeit, dem konkreten Einzelfalle statt bloßer Beratung ganz persönlich nachzugehen. Da vielen Frauen der Beruf wichtiger ist als ein ‚störendes‘ Kind, erhebt sich die ungelöste Frage, warum der Einsatz als Mutter und Hausfrau der Berufstätigkeit nicht endlich gleichgestellt wird. Die Familie darf nicht abgewertet bleiben. Der subjektiv ausgeweitete „Notlage“-Begriff muß von Ärzten und Pfarrern diskutiert und rechtlich geklärt werden, um Mißbräuchen vorzubeugen. Eine Schärfung der Gewissen tut dabei not. Die umständliche Langsamkeit der Adoptions-Verfahren ist weithin ein Ärgernis und für die Beteiligten eine

Qual. Der in den letzten Jahrzehnten gewonnene emanzipatorische Freiheitsraum erfordert dringend eine überfällige Sexual-Ethik, die später in eine Ehe-Ethik übergehen muß, um jeder Verantwortungslosigkeit und Gewissensarmut vorzubeugen. Hier stellen sich für Schule, Kirche und Gesellschaft drängende Zukunfts-Aufgaben.

„Jugendarbeit der Zukunft: Aufgabe des Staates oder der Kirchen und der Verbände?“

Schwarzenbruck-Rummelsberg: Zu diesen wichtigen Themen begrüßten die Vorsitzenden des EAK Thomas Schmitt und Hans-Jürgen Hopf als Referenten den Bayerischen Landtagsabgeordneten Walter Eykmann. In seinem Vortrag lehnte es Eykmann ab, die bestehenden Probleme zwischen der Jugend und der Erwachsenenwelt nur mit dem „Generationskonflikt“ zu erklären. Orientierungslosigkeit und Wertunsicherheit in der Gesellschaft führe dazu, daß die Jugendlichen sich ihre eigenen Bereiche schaffen. Sie schließen so andere von ihren Bereichen, sich selbst aber von der Gesellschaft aus. Dies äußere sich zunehmend in der Zuwendung zu Jugendreligionen oder terroristischen Gruppen oder in der Flucht in den Drogenkonsum. Unverzichtbar sei zur Orientierung für die Jugendlichen die praktische Jugendarbeit der Kirchen und freien Träger.

Vom Wesenskern und der sozialen Dimension der NATO

Manfred Scheib

Der Publizist Dr. Manfred Scheib, u. a. bekannt geworden durch seinen für das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr hergestellten Film „Die Deutschen – Und ihr Vaterland?“, hat den folgenden Bericht über die soziale Dimension der NATO zum Nachdruck für die „Evangelische Verantwortung“ freigegeben. Er wurde auch im „Politischen Forum“ des WDR/NDR 1 am 23. 3. 1980 gesendet.

Selbst unter Jungakademikern hapert es, wenn man fragt, was denn die Abkürzung NATO bedeutet. Daß es sich dort um die North-Atlantic-Treaty-Organization, um die „Nordatlantische Vertragsorganisation“ handelt, ist keineswegs allen bekannt. Und wenn, sieht man in der NATO vorwiegend ein militärisches Zweckbündnis. Doch wenn schon die These akzeptiert wird,

daß zur Friedenssicherung ein militärisches Gleichgewicht des Schreckens zwischen Ost und West bestehen müsse, hört man eben auch die Meinung einer sicherlich nicht allein dastehenden jungen Lehrerin, die während einer Diskussion über das westliche Bündnis sagte: „Ich habe eine Aversion gegen die NATO, gegen den Warschauer Pakt und gegen alle aufrüstenden Nationen. Das

Wettrüsten überall in der Welt ist heller Wahnsinn und ein Verbrechen an der Menschheit. Lernen denn die Völker nie dazu?"

Es gibt Bundesbürger, unter ihnen auch Lehrer, die unter der NATO in erster Linie einen „reaktionären, den Sozialismus hemmenden Haufen heißer und kalter Krieger und Kapitalisten“ verstehen. Wenn man Vertreter solcher Meinungen nach dem Wesenskern des Atlantischen Bündnisses fragt, stellt man fest, daß sie davon kaum eine Ahnung haben. Dabei kann ja eigentlich nur dann Verständnis für das Atlantische Bündnis erwartet werden, wenn wenigstens die elementarsten Tatsachen darüber bekannt sind.

Viele Menschen machen sich heute gar nicht mehr klar, unter welchen Voraussetzungen und vor welchem geschichtlichen Hintergrund die atlantische Gemeinschaft im April 1949 gegründet wurde. Die Sowjetunion hatte in den ersten drei Nachkriegsjahren alle Länder Osteuropas gleichgeschaltet und versuchte, ihren Machtbereich weiter nach Westen hin auszudehnen. Diesem ständigen Expansionsstreben Einhalt zu gebieten, war das Hauptziel des westlichen Bündnisses, zu dem sich 15 Nationen mit fast 500 Millionen Menschen in Westeuropa, in den USA und in Kanada zusammenschlossen. Sie bekundeten damit ihren festen Willen, gegen totalitäres Machtstreben, gegen die Unterdrückung der Freiheit und gegen die wirtschaftliche Ausbeutung durch den Kommunismus Front zu machen.

Im Nordatlantikvertrag, auf dem die NATO basiert, wird in der Präambel der Glaube der Vertragspartner an die Ziele und Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen bekräftigt und der Wunsch zum Ausdruck gebracht, mit allen Völkern und Regierungen in Frieden zu leben. Freiheit, Recht und Demokratie, die innere Festigkeit und das Wohlergehen im nordatlantischen Gebiet sollten gefördert werden, die Bemühungen um eine gemeinsame Verteidigung auf die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit abzielen. Der NATO-Vertrag zielt nicht nur auf ein Militärbündnis zur Abschreckung eines Angreifers oder gegebenenfalls zu dessen Abwehr ab, sondern er strebt darüber hinaus „ein ständiges gemeinsames Vorgehen auf politischem, wirt-

schaftlichem und sozialem Gebiet“ an.

Nun kann man – auch im Hinblick auf die Geschichte der NATO – mit Recht fragen, wie groß die Diskrepanz zwischen Vertrag und politisch-sozialer Wirklichkeit ist. So sollte man sicherlich intensiver als bisher darauf hinwirken, daß der freiheitlich-humane und soziale Wesenskern des Bündnisses viel mehr als bisher im allgemeinen Bewußtsein verankert wird.

Seit 1969 wird häufig von der „dritten“, der sozialen Dimension der NATO (neben der politischen und militärischen) gesprochen. Gesellschaftliche Aufgaben müßten in internationaler Verbundenheit angepackt, die weltweite Verantwortung der NATO für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit herausgestellt werden.

Im Oktober 1969 wurde das „Committee on the Challenges of Modern Society“ der NATO ins Leben gerufen. Es hat inzwischen beachtenswerte Forschungsergebnisse zum Beispiel zum Umweltschutz vorgelegt. Die der NATO zugeordneten, überparteilichen Atlantischen Gesellschaften in den NATO-Nationen beschäftigen sich nicht nur mit politischen und militärischen Problemen, sondern auch mit Fragen unserer geistigen Existenz, mit sozialen, publizistischen und pädagogischen Problemen.

NATO-Generalsekretär Dr. Luns forderte eine Intensivierung der Mitmenschlichkeit, neue Formen unseres Zusammenlebens, und er mahnt, gegen die „babylonische Verwirrung der Geister“, gegen die „erschreckende Zunahme seelischer Nöte und Krankheiten“ in den westlichen Gesellschaften Front zu machen.

Bundeskanzler Schmidt hat wiederholt betont, daß das Atlantische Bündnis nicht nur unter politischen und militärischen Aspekten zu betrachten sei. Es gebe genügend gemeinsame Wertvorstellungen und gemeinsame geschichtliche Wegstrecken, die den inneren Zusammenhalt des Bündnisses ausmachen würden.

In atlantisch engagierten Kreisen, öfter auch am Rande von Tagungen, diskutiert man über die Bedeutung des Religiösen in einer säkularisierten Welt, man setzt sich mit

Anti-NATO-Ressentiments und Anti-NATO-Argumenten auseinander.

Und auch das, was eine junge Lehrerin über den hellen Wahnsinn des Wettrüstens sagt, wird durchaus verstanden und als Aufforderung empfunden, die tiefsten, auch im Religiösen liegenden Ursachen der Zerrissenheit und Spaltung von Völkern und Machtblöcken auszuloten.

Auf Gedanken der verstorbenen Professoren Alfred Müller-Armack und Alexander Rüstow basierend, wird über die Möglichkeit nachgedacht, eine seelisch-geistige und soziale Energien mobilisierende und koordinierende „Atlantische Soziale Aktionsgemeinschaft“ zu gründen. Eine große Zusammenfassung der Kräfte, so argumentieren deren Anhänger, dürfe doch nicht nur Totalitären mit ihrer Kombination von Faszination und Terror, von Vergötzung und Verteufelung möglich sein. Eine solche Aktionsgemeinschaft könnte auch neue pädagogische, publizistische und soziale Programme realisieren.

Es scheint eine lohnende Aufgabe für Politiker, Pädagogen und Sozialwissenschaftler, den freiheitlich-humanen und sozialen Wesenskern und die soziale Dimension der NATO „konkretisierend, personalisierend und dramatisierend“ allgemein bekannt zu machen und den in dieser Hinsicht blamabel tief hängenden Informationspegel zu heben.

Der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger hat in einem Artikel über die wesentlichen Grundlagen des westlichen Bündnisses einmal angemerkt: „... Die atlantischen Nationen müssen eine Lösung für die Bewältigung ihrer Vielfalt finden. Wir können es uns nicht mehr leisten, nationale oder regionale Selbstinteressen ohne einen einigenden Rahmen zu verfolgen ... Wir müssen ein neues Verhältnis zwischen dem Eigeninteresse und dem gemeinsamen Interesse herstellen. Wir müssen über das Gebot der Sicherheit hinaus Interessen und positive Werte finden, um erneut Völker und Parlamente mitzureißen ... Diese Generation hat die historische Chance, ein neues Gebäude der internationalen Beziehungen für die vor uns liegenden Jahrzehnte zu errichten. Dafür ist eine wiedererstarke atlantische Partnerschaft unerlässlich ...“

„Zu den ethischen Grundlagen unserer Verteidigung“

Reinhard Gramm

In einer öffentlichen Veranstaltungsreihe „Zu den ethischen Grundlagen unserer Verteidigung“ in Schloß Burg, Esslingen und Simmern hat sich der EAK mit den Fragen der Friedens- und Freiheitssicherung und der ethischen Begründung des Friedensdienstes mit und ohne Waffe auseinandergesetzt. Nachfolgend veröffentlichen wir das Einführungsreferat, das Generaldekan Reinhard Gramm bei unserem Esslinger Gespräch gehalten hat.

Auch wenn der Eindruck erweckt wird, daß ich mich dem gestellten Thema entziehe, beginne ich mit folgender These: Nicht Verteidigung ist das Primärthema der Theologie, sondern das Hauptthema von Theologie und Kirche ist der Friede. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Heilige Schrift Alten und Neuen Testaments Begriff und Sache des Friedens, zieht sich hindurch der Friedenswille unseres Gottes.

Auch die Stellungnahmen der Synoden wie auch die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland zeigen deutlich, daß es zunächst immer um den Frieden geht. – Und auch die Heidelberger Thesen, die zur atomaren Rüstung das Wort nehmen, beginnen mit dem Satz: „Der Weltfriede wird zur Lebensbedingung des technischen Zeitalters.“

Ich sagte: Randvoll ist die Bibel von Begriff und Sache des Friedens. Weil der Mensch sich von Gott entfremdet hat, weil er in Gottesferne, Unglaube und damit in Friedlosigkeit lebt, setzt Gott an und wird nicht müde, eben diesem friedlosen Menschen wieder Frieden zu geben, ihm Frieden zu schaffen.

Im Alten Testament heißt der Gottesfriede „Schalom“. Dieser Schalom besitzt eine ganz praktische, gesellschaftliche und politische Dynamik. Er wirkt auf zwischenmenschliche Beziehungen ein und durchbricht Unfrieden, Untreue, Ungerechtigkeit und Eigensucht. Dadurch bewirkt er Vertrauen, Ge-

borgenheit und sogar Vergebung. Schalom meint also das Intaktsein und Intaktwerden eines Volkes, einer Sippe, einer Familie, meint also das menschliche Funktionieren der Lebenszusammenhänge.

Noch klarer, noch eindeutiger begegnet uns im Neuen Testament die Friedensbotschaft und Friedenstat Gottes. Das Neue Testament bezeugt, daß der Friede Gottes in der Person Jesu Christi sichtbar und greifbar Gestalt angenommen hat. Darum heißt es im Epheser-Brief: „ER (Christus) ist unser Friede“. Jesus verkündete und lebte wie kein anderer den Gottesfrieden. Er ging zu den Vereinsamten und Unterdrückten, zu den Verzweifelten und Kranken, er zeigte denen Erbarmen, die an Schuld und deren Folgen zerbrochen waren. Seine Auferstehung ist Gottes „JA“ zu diesem Frieden. Zur Magna Charta dieses Friedensweges Jesu gehört zweifellos die Bergpredigt mit den Seligpreisungen, gehört zentral das Gebot der Feindesliebe. An dieser Magna Charta Jesu kommt auch heute kein Christ vorbei.

Dennoch vermag ich nicht zuzustimmen, wenn etwa von Pazifisten und religiösen Kriegsdienstverweigerern behauptet wird, Jesus sei ein Anwalt jedweder Gewaltlosigkeit gewesen. Dafür ist das uns überlieferte Christuszeugnis viel zu differenziert. Das Zeugnis Jesu Christi gibt zweifellos dem Dienst für den Frieden im umfassenden Sinne Vorrang. Allerdings orientiert sich evangelischer Glaube nicht an den Prinzipien von Duldsamkeit oder Gewaltlosigkeit, sondern an der Person Christi, der als Bringer des Friedens schlechthin bezeugt wird und sich in unterschiedlichen Situationen sehr differenziert verhalten hat. Jesus läßt sich also weder von Vertretern der Gewalt noch von Vertretern der Gewaltlosigkeit – Falken oder Tauben – absolut vereinnahmen. Die entscheidende Frage im Sinne Christi ist vielmehr, was in der jeweiligen Situation dem Frieden am besten dient.

Etwas von dieser schon im Christus-Zeugnis angelegten Spannung findet sich im Gebet eines Bundeswehr-Soldaten, das in unserem „Evangelischen Gesang- und Gebetbuch für Soldaten“ abgedruckt ist, und in dem es im Blick auf das uns gestellte Thema heißt:

HERR! Du warst nie Soldat!
HERR! Wärest Du Soldat geworden?
oder hättest Du verweigert?

Herr! Du hast Petrus verboten,
seine Waffe zu benutzen –
und Du hast selbst die Händler mit
Gewalt aus dem Tempel getrieben.

HERR! Du hast gesagt, wenn ein
Bewaffneter sein Land bewacht,
so bleibt es im Frieden. –

Und DU hast gesagt, man soll auch
die andere Wange hinhalten,
wenn man geschlagen wird.

Obwohl es reizvoll wäre, diese Versammlung zu einer Bibelstunde umzufunktionieren, muß ich leider der gebotenen Kürze wegen darauf verzichten, um Ihnen das Ergebnis aus meiner Sicht so zu sagen: Der biblische Befund erscheint nicht eindeutig, sondern vieldeutig. Diese Spannung muß ausgehalten werden. Es gibt darum eine Reihe von biblischen Aussagen, die für den Kriegsdienstverweigerer zu sprechen scheinen, und eine Reihe von biblischen Aussagen, die für den Soldaten zu sprechen scheinen. Auch in der Geschichte der frühen Christenheit finden wir solche Christen, die um des Glaubens willen den Soldatendienst ablehnen, wie auch solche, die den Soldatendienst bejahen.

Natürlich kommt kein Christ am Zeugnis der Bibel vorbei. Und wer heute die Frage von Christ und Soldat bedenkt, hat sich den Aussagen der Heiligen Schrift zu stellen. Nur: Mit dem Gegeneinander-Ausspielen von aus dem Zusammenhang herausgerissenen Einzelworten werden wir der Wahrheit nicht gerecht, kommen wir kein Stück weiter.

Das Hauptgebot „liebe Gott und liebe Deinen Nächsten“ gilt unbe-

dingt, radikal und ohne jeden Abstrich. Aber: Die Forderungen Gottes gelten nicht „absolut“, das heißt nicht losgelöst von der Situation, in der sie zu befolgen sind. So hat Jesus nie daran gedacht, das Gebot „Du sollst nicht töten“ in einer Weise absolut zu setzen, daß damit den Gewalttätern ein Freibrief gegeben wird, gefahrlos ihren Machtwillen auszuleben. Jesus hat das Schutzamt des Staates für Recht, Freiheit und Leben seiner Bürger nie bestritten. Was freilich zweitausend Jahre danach bei uns heute zum sogenannten Schutzamte des Staates gehört, oder — um es moderner auszudrücken — welche Maßnahmen für die nationale Sicherheit, die ihrerseits Voraussetzung für den Prozeß Frieden ist, zu treffen sind, kann nicht direkt aus der Bibel erhoben werden. Sie ist eben kein Rezeptbuch und gibt nur in seltenen Fällen direkte Handlungsmuster für differenzierte, moderne Problemfelder. Das gilt nicht nur für unsere Sicherheitspolitik, sondern beispielsweise ebenso für die Bildungspolitik, die Familienpolitik, den Städtebau, die Entwicklungspolitik oder die Energiepolitik.

Ich will das Gesagte in einem Bild ausdrücken. Die Bibel ist kein Meßtischblatt, in dem für den Christlich-Handelnden die genaue Marschroute eingezeichnet ist, so daß er an jeder Wegkreuzung — überall dort, wo er vor einer Entscheidung steht — einen Pfeil vorfindet, der ihm die Richtung zeigt. Ich vergleiche die Bibel lieber mit einem Marschkompaß, dessen Marschziel auf Liebe, Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Leben eingestellt ist. Wie der Christlich-Handelnde nun den Weg durch das Gelände geht, ist vorrangig eine Frage der eigenen Entscheidung, des eigenen Ermessens, des eigenen Gewissens. Er wird dabei die Geländebeziehungen sowie die Gegebenheit der vielfältigen Umstände mit in Rechnung stellen müssen. Verantwortliches christliches Handeln wird darum sowohl die Normen des Neuen Testaments wie auch die Situation, in der es zu handeln gilt, zu berücksichtigen haben.

Lassen Sie mich aber noch einmal zu dem uns bewegenden, zentralen Problem von Gewalt und Gewaltlosigkeit zurückkommen. Dahinter steht ja die Frage, ob ein

Christ zum Hinnehmen in jeder Situation verpflichtet ist, oder ob ihm Notwehr bzw. Nothilfe — und das meint heute Verteidigung — erlaubt oder sogar geboten ist. Martin Luther sagt in seiner Schrift „Von weltlicher Obrigkeit“ 1523: „Schwert soll kein Christ für sich und seine Sache führen oder anrufen. Wohl aber mag und soll er es führen und anrufen für einen anderen, damit der Bosheit gesteuert und Frömmigkeit geschützt werde“. Für mich besitzt dieses Luther-Wort nach wie vor bleibende Bedeutung. Es will sagen, daß da, wo solche miteinander umgehen, die mit Ernst Christen sein wollen — sagen wir in einem Diakonissenmutterhaus oder in einem Kloster — diese Christen in der Tat als Orientierungspunkt die Bergpredigt haben. Daß selbst dies nicht immer ganz gelingen kann, weiß jeder, der Zugang zu solchen in der Tat respektablen christlichen Gemeinschaften hat. — Anders ist es freilich im Leben der Völker und Staaten, die weder als Ganzheit christlich, sondern pluralistisch sind, oder in denen ganz andere Religionen oder Ideologien dominieren. Die Gruppe der letzteren läßt sich ja gar nicht unmittelbar auf das göttliche Wort in jeder Sache menschlichen Lebens anreden. Darum — so meint es Luther — darf nicht christliche Gewaltlosigkeit zum Gesetz des Staates erhoben werden. Hier gilt — altmodisch gesagt — das Schwertamt. Hier gilt zeitgemäß ausgedrückt der Auftrag des Staates, auch — wenn es sein muß — unter Androhung und Anwendung von Macht und Gewalt Frieden und Freiheit zu schützen und damit Unfrieden und Unfreiheit zu bannen.

Genau dies beinhaltet die Erklärung des Rates der EKD zum Terrorismus vom 16. September 1977, die sich dankenswerterweise auf die 5. Barmer These von 1934 bezieht, in der es heißt:

„Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnungen an ...“.

Ich komme zum Schluß: Eingangs sagte ich, nicht das Thema Verteidigung ist das Generalthema von Theologie und Kirche. Ihr Generalthema ist vielmehr der Friede. Gott hat sein Friedensangebot gemacht. Darum muß der Christ von sich einen besonderen Beitrag zur Herstellung des Friedens verlangen. Hinzu kommt, daß eine nüchterne Wertung der politischen Großwetterlage mit ihren vielfältigen Vernichtungskapazitäten uns längst deutlich gemacht hat, daß wir zum Frieden verurteilt sind. Entweder werden wir den Krieg abschaffen, oder der Krieg wird der Menschheit ein Ende setzen.

Um auf dem notwendigen Weg zum Frieden voranzukommen, bedarf es großer Anstrengungen. Wir wissen längst, daß der mühsame Prozeß Frieden nur durch eine Vielfalt verschiedenster Friedensdienste vorangetrieben und verwirklicht werden kann. Zu der Fülle notwendiger Maßnahmen gehören die der Politiker und Gewerkschaftler, der Erzieher und Journalisten, der Unternehmer und Kriegsdienstverweigerer, der Pfarrer und Wissenschaftler und vieler anderer mehr. Letztlich kann jeder an seinem Platz etwas für den Frieden tun.

Dennoch kommt dem Soldaten bei dieser konzentrierten Aktion eine besondere Aufgabe zu. Er schafft die unerläßliche Voraussetzung und die unverzichtbare Grundlage aller Sicherheitsbemühungen: ihre militärische Absicherung. Er schafft durch sein Dasein die flankierenden Begleitmaßnahmen für das, was der Prozeß Frieden beinhaltet. Sicherheitspolitik ist nicht alles, aber ohne Sicherheitspolitik ist alles nichts.

Ich meine, daß Bundespräsident Heinemann von dieser christlichen Nüchternheit, in der Friedensgesinnung und konkrete Verantwortung für den Frieden ein Ganzes werden, geprägt war, als er in seiner Abschiedsansprache vor der Bundeswehr in Münster 1974 u. a. sagte: „Es ist kein Widerspruch, das Gute zu wollen und dem Bösen zu wehren, wie es auch kein Widerspruch ist, Freundschaft zu suchen und sich vor Feindschaft zu schützen ... Bei aller Aufgeschlossenheit für eine Politik der Verständigung“, so fährt Heinemann in seiner Rede fort, „ist kein politisches Zeichen zu erkennen, das in abseh-

barer Zeit die Streitkräfte als Teil unserer Sicherheitspolitik überflüssig macht“.

So gesehen hat auch der Soldat mit der ihm aufgegebenen friedenssichernden Funktion seinen Platz im Großfeld des voranzutragenden und voranzutreibenden Prozesses Frieden. Wer als Christ – an welcher Stelle auch immer – im höchst differenzierten Prozeß Frieden mitdenkt und mithandelt, wird darum die Komponente der Sicherheitspolitik und damit die Komponente

Verteidigung miteinbeziehen müssen. Sie ist nicht das Ganze, sie ist aber ein unverzichtbarer Teil. Denn: „Wir Christen sind, gleichviel in welchem Beruf, der Welt den Dienst des Friedens schuldig. Wir haben bisweilen den Frieden Gottes mißverstanden und gemeint, er sei das Geschenk für unser Herz und Gewissen. Das ist er auch. Aber wo dieser Friede Gottes von einem Menschen angenommen wird, muß er aktiv werden für den Frieden in der Welt, also aktiv ge-

gen den Unfrieden, gegen das Unrecht, gegen jede Gestalt von Haß, gegen Diskriminierung.

Ich möchte schließen mit einem Wort des langjährigen früheren Militärbischofs Dr. Hermann Kunst: „Fragt man einen Erzieher oder einen Journalisten, einen Bürgermeister oder einen Soldaten, fragt man irgend einen Christ: Was willst Du mit dem, was Du tust? – Kann immer nur die Antwort sein: Friede auf Erden“.

Aus unserer Arbeit

Christa Meves beim EAK Leer zum Thema: „Familie und Eltern zwischen Resignation und Verantwortung“

Leer: Dem Evangelischen Arbeitskreis unter seinem Leiter Dr. Wilhelm Wübbena war mit dem Vortrag der bekannten Psychagogin Christa Meves ein guter Wurf gelungen. In der Reihe seiner stets gut besuchten Veranstaltungen war dieser Abend in Leer ein absoluter Höhepunkt; die Anwesenheit vieler junger Menschen bewies auch deren Angesprochenheit. „Seit 20 Jahren wird eine Drachensaat gesät“, diese ihre Feststellung und die Ergebnisse dieser Saat wies Christa Meves an vielen Beispielen auf: verzagte und verzweifelte Eltern angesichts einer Jugend, die aus den Fugen geriet, die in Kriminalität, Aggression und Drogen flüchtet, die neurotisch und depressiv dem Selbstmord – so oder so – anheimfällt. Schulnöte, Bindungs- und Ordnungsfeindlichkeit breiten sich aus. Eltern resignieren; die Geburtenzahl in der Bundesrepublik hält mit durchschnittlich 1,4 Kind pro Elternpaar den negativen Weltrekord; die heranwachsende Jugend fühlt sich unverstanden, alleingelassen. Christa Meves ist den Ursachen nachgegangen; schon seit mehr als 15 Jahren warnt und fordert sie unentwegt; ihre Vorträge, ihre Buchtitel zeigen große Sorge, aber sie zeigen auch Wege aus der Not. Wie aber kam es zu dieser Not? Wo liegen die Ursachen? In den „Rosen-

garten“ der Kinderwelt ist seit langem eine falsche Wissenschaftsgläubigkeit hereingebrochen, dort wird experimentiert, „überdüngt“, „überschwärmt“, „Gift gesprüht“, „manipuliert“. Es herrscht „Künstlichkeit von Anfang an“: Kunstmahrung, Babyhotel, Kinderkrippen, Massenschulen und vieles noch: „Alle nach gleicher Manier zum Gleichen hin“. Das Leben der heranwachsenden Kinder hat insgesamt einen verwöhnenden Akzent: Eine „verrückte Ideologie“, das Wohlstandsdenken, ein mißverständlicher Freiheitsbegriff, Intellektualisierung, Sexualisierung. Alles summiert sich; die „Rose Mensch“ wird zum Gestrüpp.

Wo sieht Christa Meves einen Ausweg? Hat sie eine Therapie gegenüber den „Heilslehren“ unserer Zeit und deren schlimmen Folgen? „Mündig sein heißt Mitverantwortung haben“, sagt sie „und dieser Notstand ist unser aller Notstand. Resignation ist nicht zulässig“. Wo aber läßt sich Hoffnung auf Zukunft begründen? „Wir müssen die natürlichen Entfaltungsbedingungen wieder beachten, wir müssen die törichten Versuche aufgeben: Der Mensch kann keinen neuen Menschen backen; er ist kein Bäcker, er muß ein „Gärtner“ sein. In einfachen bildhaften Sätzen läßt Christa Meves ihre Überzeugung deutlich werden: die „Art Mensch“ braucht Heimat, braucht die Einwurzelung in die Familie, vor allem konstante Betreuung durch die Mutter. Es gibt keine Alternative zur Familie; dazu zählen Geschwister, Großeltern, andere

Verwandte. Eine konstante Umwelt ist vonnöten, sonst kann sich nichts festigen, es entwickeln sich „Landstreicher auf der Suche nach Heimat“. Spielraum ist wichtig, aber auch die Grenze; die „Lawine des schädlichen Genusses“ muß schon am Entstehen verhindert werden.

Kinder und Jugendliche brauchen verlässliches Geleit und Vorbild. Das Leben ist Auftrag an der Schöpfung. Das Leben als Geschenk des Schöpfers zeigt sich in einem unwiederholbaren Wesen; der Vermassung und Entpersönlichung, wie sie dem Trend der Zeit zu eigen ist, muß widerstanden werden; religiöse Erziehung gegen Zeitgeist setzen. Und „Liebe muß regieren“.

Werner Engel: Christen wissen um die Grenzen ihrer Möglichkeiten, auch in der Politik

Pforzheim: Unter der Leitung des EAK-Vorsitzenden Pfarrer i. R. Kurt Meythaler und EAK-Vorstandsmitglied Rudolf Mürle fand ein gut besuchter Informations- und Ausspracheabend statt. Die Kurzreferate der Stadträte Heinrich Leiser, Konrad Weiler und von Kreisrat Werner Engel über ihre praktische kommunalpolitische Arbeit, insbesondere über jugend- und familienpolitische Fragen führten zu lebhaften Diskussionen auch über die Gefahren des Drogenmißbrauchs und die Gefährdung Jugendlicher durch Jugendsekten.

Kurz notiert

CDU warnt vor Aktivitäten der Scientology-Sekte

MdL Firnhaber: Staatsanwalt muß sich mit der Sekte und ihren Tarnorganisationen beschäftigen

Wiesbaden: Die Hessische Landesregierung hat dem Wiesbadener CDU-Landtagsabgeordneten Wolf-Dieter Firnhaber einen Fragenkatalog hinsichtlich der aus US-Amerika stammenden Scientology-Sekte beantwortet. Daraus geht hervor, daß diese Sekte (die sich selber Kirche nennt) ihr Trainingsprogramm „in allen Landesteilen“ Hessens, vor allem in Frankfurt, anbietet. Firnhaber weist besonders darauf hin, daß sich diese Sekte zahlreicher Tarnorganisationen bedient, die sich als „College“, als „Aktion“, als „Gesellschaft“ oder als „Kommission“

bezeichnen. Eine „Verbindung zur Scientology-Kirche“ sei für angesprochene Personen nicht auf Anhieb erkennbar.

Als Untergruppen der Sekte seien das von Frankfurt aus arbeitende „College für angewandte Philosophie“, das „Dianetic-College“ und ein „Narconon e. V.“ anzusehen. Weitere Unterorganisationen seien auch: Aktion „Sauberes Ministerium“, „Aktionskomitee für freie religiöse Entfaltung“, „Gesellschaft zur Förderung religiöser Toleranz und zwischenmenschlicher Beziehungen“, „Kommission für Polizeireform“, „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte“, „Kommission zum Schutze gegen Datenmißbrauch“, „Zentrum für individuelles und effektives Lernen“.

Wolf-Dieter Firnhaber wies in Wiesbaden darauf hin, daß alle Ak-

tivitäten dieser Gruppe auf das „Auditing“, eine Art emotionsauslösender Psychotherapie, hinausläufen. Dem diene auch ein in den letzten Wochen in der Frankfurter Fußgängerzone verteilter kostenloser „Persönlichkeitstest“, dessen selbst auszuwertendes Ergebnis zumeist so schlecht ausfällt, daß ein Teil der Teilnehmer „sich als seelisch gestört fühlend in die Therapie der Sekte“ begeben. Diese Sekte sei weder kirchlich noch medizinisch legitimiert und betriebe lediglich eine „an Scharlatanerie grenzende Geldmacher-Organisation“, denn alle späteren Dienste, Kurse sowie Therapiegegenstände und Bücher kosteten „ein horrendes Geld“.

Neue Aktivitäten der Sekte sprechen Eltern und Schüler an. Das „Zentrum für individuelles und effektives Lernen“ und eine Initiative „academe“ bieten unter dem Motto „der Schüler muß zuerst lernen wie man lernt“ teure Nachhilfekurse an. Dabei wurden auch Lehrer um Vermittlung von Schüleranschriften angegangen.

Zur Diskussion gestellt:

Bericht der Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen (Nord-Süd-Kommission)

Die Stellungnahme der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) zum Bericht der Nord-Süd-Kommission hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Volkmar Köhler, Wolfsburg, einer kritischen Analyse unterzogen. Wir stellen nachfolgend diese beiden Stellungnahmen zur Diskussion.

Stellungnahme der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) vom 24. 3. 80

Unter der Überschrift „Das Überleben sichern“ hat die Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen („Nord-Süd-Kommission“) nach dreijähriger Arbeit die deutsche Fassung ihres Berichts vorgelegt. Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), in der die evangelische Ar-

beitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst und der Katholische Arbeitskreis Entwicklung und Frieden zusammenarbeiten, sieht in dem vorgelegten Ergebnis ein bedeutendes Element für die internationale Diskussion über eine gemeinsame menschenwürdige Zukunft von Nord und Süd.

I.

1. Die Veröffentlichung des Berichts fällt in eine Zeit, in der die Folgen der militärischen Intervention der Sowjetunion in Afghanistan die Nord-Süd-Thematik in der öffentlichen Aufmerksamkeit überlagern. Ein auf längerfristige Partnerschaft zwischen Nord und Süd zielender Dialog, wie ihn der Bericht in Übereinstimmung mit vielen kirchlichen Stellungnahmen fordert, kann sich nicht entfalten, solange

machtpolitische Erwägungen gegenüber der gemeinsamen Lösung der Weltprobleme Vorrang haben.

2. Andererseits lehren gerade die Ereignisse im Mittleren Osten, daß die weltpolitischen Konflikte unserer Zeit sich längst gegenseitig durchdringen. Wie der Bericht betont, erfordert darum globale Entwicklungspolitik heute mehr denn je, daß Friedens- und Entspannungspolitik auch die Regionen der Dritten Welt einschließen. Friedliche Lösungen der dort bestehenden Konflikte werden allerdings auf Dauer nur möglich sein, wenn sich die Ostblockländer ernsthaft an der Suche nach solchen Lösungswegen beteiligen.

II.

3. Die GKKE erhofft sich von dem Bericht der Nord-Süd-Kommission

einen neuen und nachhaltigen Impuls, die Lösung der bedrängenden internationalen sozialen Frage entschiedener als bisher in Angriff zu nehmen. Diese Hoffnung gründet sich auf Besonderheiten des Berichts, die Beachtung verdienen.

4. Erstmals liegen Bestandsaufnahmen und Empfehlungen vor, die im Dialog zwischen Politikern und Experten aus Industrie- und Entwicklungsländern gemeinsam erarbeitet worden sind. Der dialogische Stil, in dem die Nord-Süd-Problematik angegangen wurde, kann als Muster künftiger Bemühungen dienen. Viele der Ergebnisse können, wenn der entsprechende politische Wille vorhanden ist, auch von Nord und Süd gemeinsam getragen werden.

5. Eine Reihe von Vorschlägen sind als Denkanstöße formuliert, etwa zum Ressourcentransfer, zur Energiepolitik, zur Reform der Institutionen. Sie deuten die Richtung an, in der Lösungen zu suchen sind. So laden sie zum Mitdenken ein und fordern zu weiterer Konkretisierung auf, auch im Hinblick auf die Möglichkeit, solche Lösungen politisch durchzusetzen.

6. Der Bericht stellt nicht nur die Verpflichtung der Industrieländer zu mehr Hilfe und zu größeren weltwirtschaftlichen Zugeständnissen vor Augen, sondern betont auch die Notwendigkeit größerer Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer. Diese Zusammenschau von Selbsthilfe und Fremdhilfe ist Voraussetzung wirklicher Entwicklung und sollte Bestandteil der internationalen Diskussion bleiben.

III.

7. Die Kirchen haben sich in den vergangenen Jahren schon mehrfach zu Fragen des Nord-Süd-Dialogs geäußert. Diese Überlegungen sollen hier nicht wiederholt werden. Auch ist eine Detailanalyse des Berichts an dieser Stelle nicht möglich. Die jetzige Stellungnahme der GKKE beschränkt sich daher auf einige grundsätzliche Anmerkungen zur Bedeutung, die sie dem Bericht beimißt. Ebenso kann sie aus der Fülle der im Bericht aufgegriffenen Fragen nur einige wenige herausgreifen und sagen, welche Folgerungen sie daraus zieht.

8. Die Nord-Süd-Kommission erinnert eindringlich daran und weist zugleich im einzelnen nach, vor wel-

cher geschichtlichen Herausforderung die Menschheit steht. Hunger, Armut und Krankheit, Arbeitslosigkeit, Umweltgefährdung, Energiekrise, Bevölkerungswachstum, Wetrüsten — diese vielfältigen Probleme sind derart eng miteinander verflochten, daß die internationale Gemeinschaft unvermeidbaren Katastrophen entgegengeht, wenn sie nicht bald Wege in Richtung auf praktikable, wirksame und der Bedeutung der Probleme angemessene Lösungen sucht und beschreibt.

9. Der Bericht zeigt aus dem Blickwinkel der langfristigen gemeinsamen Interessen der ganzen Menschheit, wo — bei aller Anerkennung unterschiedlicher Positionen — praktische Schritte der politischen und ökonomischen Kooperation zum wechselseitigen Nutzen aller Völker beginnen können und müssen. Nur so gewinnt die Verflechtung der verschiedenen Probleme und Interessen jene neue Qualität einer solidarischen wechselseitigen Zuordnung, wie sie die GKKE gefordert hat: „Menschliche Solidarität ist nicht teilbar. Eine ganzheitliche Entwicklung des Menschen kann nur im Zusammenhang einer solidarischen Entwicklung der Menschheit erfolgen ... Teilnahme aller an der Nutzung der Güter ist ebenso notwendig wie Übernahme sozialer Verantwortlichkeit für alle.“ (Vgl. Memorandum der GKKE zur UNCTAD IV, 1976, Nr. 6).

10. Als größte Herausforderung der vor uns liegenden Jahrzehnte betrachtet der Bericht ebenso wie die Kirchen die Verbesserung der Lage jener 800 Millionen Menschen, die nach Schätzungen der Weltbank gegenwärtig in absoluter Armut leben. Die Lebensbedingungen der Menschen im sogenannten Armutsgürtel der Erde haben sich trotz vieler Hilfsprogramme drastisch verschlechtert. Den Menschen in diesen Ländern die Chance zu geben, sich aus dem Teufelskreis von Hunger, Armut, sinkender Selbstversorgungskapazität, Bevölkerungswachstum und sich verschlechternden Umweltbedingungen zu befreien, ist eine erstrangige Forderung der internationalen Solidarität, die von den Kirchen seit jeher nachhaltig unterstützt wird.

11. Der Bericht weist darauf hin, daß das Wetrüsten erhebliche Mittel bindet, die für die wirtschaftliche und soziale Zukunftssicherung not-

wendig wären. Deshalb sind alle geeigneten Schritte zu unterstützen, die eine gleichgewichtige Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung in Ost und West fördern und erleichtern. Gegenüber den Ländern der Dritten Welt sollte die Bundesregierung ihre restriktive Waffenexportpolitik beibehalten. Dadurch wird deren Recht auf eigene Verteidigung nicht in Frage gestellt, Rüstungswettlauf aber nicht gefördert. Der Aspekt, daß Friedenssicherung nicht einseitig militärisch verstanden werden darf, muß in der öffentlichen Diskussion wesentlich an Bedeutung gewinnen.

12. Der Bericht betont mit Recht die Notwendigkeit eines beträchtlich erhöhten Ressourcentransfers. Es ist zu begrüßen, daß die Kommission die Forderung der Kirchen aufgreift, einen verbindlichen Stufenplan zur Erreichung des 0,7 %-Ziels aufzustellen. Der Bericht fordert außerdem dazu auf, Möglichkeiten einer Verstärkung des Ressourcentransfers, etwa in Form einer Entwicklungsabgabe, zu prüfen. Die zuständigen Gremien der Kirchen werden diesen Vorschlag im eigenen Bereich diskutieren.

13. Der Bericht betont, wie hart viele Entwicklungsländer durch die Lage auf dem internationalen Energiemarkt getroffen sind. Er fordert unter anderem ein Krisenprogramm für die Energieversorgung der Entwicklungsländer in Notzeiten und auch eine gegenüber den Ländern der Dritten Welt verantwortbare Energiepolitik der Industrieländer. Die Erschließung heimischer Energieträger und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen in den Entwicklungsländern muß verstärkt vorangetrieben werden. Die GKKE wird sich weiterhin an der Diskussion über Möglichkeiten der Energieeinsparung in den Industrieländern beteiligen. Dazu gehört die Frage der Veränderbarkeit derjenigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die unseren Energiebedarf bestimmen, ebenso wie die Suche nach Modellen eines neuen Lebensstils.

14. Die Kommission setzt sich dafür ein, zur Vorbereitung internationaler Verhandlungen über Nord-Süd-Probleme geeignete Formen des Dialogs zu suchen. Dabei verdient der Vorschlag, in kleineren Gipfeltreffen gemeinsame Interessen und Kompromißmöglichkeiten abzuklären und dadurch Entscheidungen zum Nutzen aller zu erleich-

tern, besondere Beachtung. Er sollte geprüft und aufgegriffen werden.

IV.

15. In einigen Bereichen ist der Bericht nach Meinung der GKKE ergänzungsbedürftig. So wird die Bedeutung der kulturellen und religiösen Dimension von Entwicklung zwar in der Einführung des Vorsitzenden der Kommission erwähnt, in den Sachkapiteln aber vernachlässigt. Dieser Aspekt muß in der entwicklungspolitischen Diskussion eine größere Bedeutung erlangen, weil eine von ökonomisch verengten Leitbildern geprägte Entwicklungspolitik eine Entfremdung der Völker von ihren kulturellen Traditionen nach sich zieht. Daher sollte ein größeres Verständnis für die Bemühungen um die Bewahrung der kulturellen Identität aufgebracht werden. Die Kirchen müssen sich verstärkt um den Dialog mit den religiösen und kulturellen Strömungen in den Entwicklungsländern bemühen.

16. Träger des Entwicklungsprozesses sind oftmals kleine Selbsthilfeinitiativen, Genossenschaften und Gruppen. Ebenso spielen in Entwicklungsländern wie in Industrieländern Nicht-Regierungsorganisationen eine wichtige Rolle bei der Lösung von Entwicklungsproblemen. Diese nicht-staatlichen Träger werden im Bericht genannt; sie sollten jedoch noch stärker gefördert werden, da sie für eine umfassende und menschenwürdige Entwicklung „von unten“ unverzichtbar sind. Ohne sie können in den Entwicklungsländern die Partizipationschancen der armen Bevölkerung nicht erhöht werden. Die Kirchen wissen aus ihrer eigenen Entwicklungsarbeit um die Bedeutung, die diesen Gruppen zukommt.

V.

17. Die Arbeitsergebnisse der Kommission sollten nicht nur international diskutiert werden, sondern auch in die innenpolitische Tagesordnung eingehen. Die GKKE for-

dert Bundesregierung und Bundestag auf, den Bericht möglichst umgehend auszuwerten, das Ergebnis der Öffentlichkeit mitzuteilen sowie Möglichkeiten der Verwirklichung zu prüfen. Dabei sollten die Vorschläge des Sofortprogramms (erhöhter Ressourcentransfer, Schritte zu einer internationalen Energiestrategie, Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion, Reformen des internationalen Wirtschaftssystems) besonders berücksichtigt werden. Ebenso sollten die gesellschaftlichen Gruppen je für ihren Bereich eine solche Auswertung vornehmen und veröffentlichen.

18. Die GKKE wird prüfen, ob und wie sie die Ergebnisse der Nord-Süd-Kommission in ihre eigene Arbeit sowie in ihr Dialogprogramm mit Parteien, Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und Bauernverbänden einbringen kann. Sie wird zu einzelnen Teilen des Berichts weiterführende Überlegungen anstellen.

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) und der Bericht der Nord-Süd-Kommission

Dr. Volkmar Köhler, MdB

Die GKKE hat den Bericht der Brandt-Kommission im wesentlichen positiv gewürdigt und für die Zukunft weiterführende Überlegungen angekündigt. Gleichzeitig fordert sie alle Gruppen, die an der politischen Willensbildung mitwirken, zur Stellungnahme auf. Dies ist zu begrüßen, genauso wie die grundsätzliche Einstellung zum Bericht, der in der Tat manches Zutreffendes enthält. Anders kann es auch nicht bei einem Bericht sein, der in weiten Teilen die Summe der entwicklungspolitischen Diskussionen der letzten Jahre zieht und vieles wiederholt, was in Fachkreisen bekannt ist. Gewiß sind die Nord-Süd-Beziehungen eine der großen Herausforderungen unserer Zeit und nicht nur eine soziale. Der Kampf gegen die Armut hat auch weiterhin größte Dringlichkeit. Die Industrieländer werden mehr Hilfe leisten müssen, in vielen Fällen unter dem

Druck politischer Notwendigkeiten. Eine gemeinsame Vorwärtsstrategie der Industrieländer statt der bisherigen halbherzigen Reaktionen und der voraussehbaren Rückzugsgefechte ist seit Jahren erforderlich. Dem allen ist zuzustimmen.

In der härter gewordenen Welt der Entwicklungspolitik können wir aber nicht mehr von schönen Globalzielsetzungen leben. Es gilt nicht, eine Traumwelt zu bauen, sondern in der harten Realität zu arbeiten. Dazu ist ein hohes Maß intellektueller Redlichkeit nötig, die man am ehesten von einer weitergehenden Stellungnahme der GKKE erwarten sollte. Die bisher vorliegende Äußerung läßt leider einige neuralgische Punkte unerwähnt.

Der Bericht der Brandt-Kommission beruht auf der Vision einer Weltgemeinschaft, in der jede Gesellschaft die Möglichkeit erhält, sich nach eigenem Wunsch zu ent-

wickeln und die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Wie glücklich wären wir, wenn es diese Welt gäbe, in der alle Menschen gemeinsam an ihrer Zukunft arbeiten. Es ist richtig und steht den Kirchen gut an, die Solidarität der Menschheit zu fordern und die weltweite Verantwortung beim Namen zu nennen. Man verliert aber den Boden unter den Füßen, wenn man diese ständige Schärfung des Gewissens mit dem Irrtum verbindet, es gäbe diese Weltgemeinschaft. Das ist nicht der Fall, und gerade der, der Verantwortung für den gesamten Planeten fühlt, muß bereit sein, im Rahmen der gegenwärtigen Unvollkommenheiten etwas zu bewegen, statt sich durch hochfliegende Träume handlungsunfähig zu machen. Der verfehlt Denkansatz im Bericht der Brandt-Kommission führt dann auch zu dem absurden Irrtum, daß der Nord-Süd-Konflikt den Ost-

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog; Dr. Werner Dollinger, MdB; Prof. Dr. Wilhelm Hahn, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdB; Friedrich Vogel, MdB • Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.

EAK der CDU/CSU • Friedrich-Ebert-Allee 73-75 • 5300 Bonn
Postvertriebsstück • F 5931 EX • Gebühr bezahlt

West-Gegensatz verschärft habe. Das Gegenteil ist der Fall. Auf der Basis der verfehlten Analyse kommt die Brandt-Kommission zu weltfremden Friedenshoffnungen und der merkwürdigen Absicht, auch von dem Osten eine Abgabe auf den Waffenhandel zu kassieren. Die Sowjetunion hat mit großer Kälte auf solche Ideen reagiert, für sie haben Militärausgaben den Vorrang.

Für die Entwicklungsländer geht es heute nicht so sehr um Hilfe, sondern um Unabhängigkeit von den Industrieländern in einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“. Dies sieht die Kommission, und so empfiehlt sie weltweit das Modell eines Wohlfahrtsstaates mit automatischer Aufbringung der Mittel und nur indirekte Verbindungen zwischen Zahlenden und Nutznießern. Von diesem Modell kann man freilich nichts anderes erwarten, als daß es die kulturelle Dimension von Entwicklung und die Rolle nichtstaatlicher Träger der Entwicklungshilfe vernachlässigt. Wenn die GKKE diese Mängel beklagt, sollte sie auch erkennen, daß es sich um system-immanente Fehler handelt, die durch unsere eigenen gesellschaftlichen Erfahrungen illustriert werden. Es genügt also nicht, die Schwachstellen zu bemängeln, sondern man müßte schon das System kritisch diskutieren. Der Maßstab intellektueller Redlichkeit sollte auch da angelegt werden, wo die Kommission zugesteht, daß es keine einheitlichen Modelle für alle Länder geben könne, wo sie aber gleichzeitig mit der Notwendigkeit wesentlicher Reformen spricht. Wenn die Kommission schon von einer Weltinnenpolitik ausgeht, sollte sie wenigstens gedrängt werden, die Normen dieser Politik zu definieren. In sich widersprüchlich wird von der Kommission der Begriff der „Nichteinmischung“ verwendet. Geldgebenden Nationen steht wirtschaftspolitische Einmischung nicht zu, meint die

Kommission; die Erzwingung sozialer Reformen gilt für sie offenbar nicht als Einmischung.

Es mag reizvoll sein, mit einem Weltentwicklungsfonds zu spielen, der von einer Weltsteuer gespeist wird. In der entwicklungspolitischen Realität wird nur der handeln können, der begreift, daß mit den hohen Ölpreisen schon längst eine solche

Scheinlösungen zu warnen, die durch leichtfertiges Herumoperieren an Weltbank und Weltwährungssystem vermeintlich erreichbar sind.

Trifft eigentlich die propagandistische Behauptung zu, dies sei der erste Bericht, der von Experten und Politikern der Industrieländer und der Entwicklungsländer gemeinsam erarbeitet sei? Die Haltung der Gruppe der 77 zum Bericht der Nord-Süd-Kommission ist noch nicht geklärt. Sie sollte in unserer Diskussion eine wesentliche Rolle spielen. Wer gemeinsame Konzepte von Nord und Süd sucht, darf auch die entwicklungspolitische Konzeption der Christlich-Demokratischen Union zur Kenntnis nehmen.

Ist es wirklich für die Entwicklungspolitik unbedenklich, wenn sie einer umfassenden Reformeuphorie ausgesetzt wird, die Willy Brandts Denken vor zehn Jahren in der Bundesrepublik genauso auszeichnete wie jetzt in der Entwicklungspolitik? Besteht nicht die Gefahr, daß die Flucht in Globalzielsetzungen notwendigerweise bei der Begegnung mit der Realität die Frustration nach sich zieht und damit die menschliche Zuwendung zerstört, ohne die wir uns entwicklungspolitische Arbeit nicht vorstellen sollten? Der Mangel des Berichts der Nord-Süd-Kommission liegt darin, daß er der praktischen Vernunft wenig Möglichkeiten der Operationalisierung bietet. Er muß weiter befragt werden. Die Kirchen können der Entwicklungspolitik einen hohen Dienst erweisen, wenn sie über die vorliegende Stellungnahme hinausgehen und die innere Konsistenz des Berichtes prüfen. Falls unhaltbare Grundvorstellungen die 3. Entwicklungsdekade prägen, droht ein Ende der weltweiten Entwicklungspolitik. Dies ist nicht der Wille der CDU/CSU. Um so mehr wird sie auf gedankliche Klarheit und Realismus in der entwicklungspolitischen Diskussion drängen.

Unsere Autoren:

Dr. Hans-Ulrich Klose, MdB
Geschwister-Scholl-Straße 10
4052 Korschenbroich

Hans-Peter Breuer
Vietnam-Büro e. V.
Adenauerallee 54
5300 Bonn 1

Dr. Manfred Scheib
Amsterdamer Straße 48
5000 Köln 60

Dr. Volkmar Köhler, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn

Generalsekretär
Reinhard Gramm
Evangelisches Kirchenamt
für die Bundeswehr
Godesberger Allee 107a
5300 Bonn 2

Steuer gegeben ist, die aber mangels Weltregierung nicht im Sinne weltweiter Verantwortung verwaltet wird. Entscheidender als alle neuen Entwürfe ist die Antwort auf die Frage, wie angesichts dieser Realität der Freiraum für langfristige Entwicklungspolitik erhalten werden kann. Dringend ist eine Synthese zwischen sicherheitspolitischen und rohstoffpolitischen Zwängen einerseits und langfristiger Entwicklungspolitik für die notleidenden Menschen dieser Welt. Dabei ist vor